



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb fact. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Anfertigungsgeld für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Zeitchrift 1/4 Sgr.

Erweitert: Kreuzstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 106. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trowendt.

Montag, den 4 März 1861.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Petersburg, 2. März. Die Sitzungen des Reichsraths bezüglich der Bauernfrage nähern sich ihrem Ende und soll die Emanzipation der Bauern während der großen Fasten proklamirt werden.

London, 2. März. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Washington vom 21. v. M. hat die Inauguration des Präsidenten Davis in Alabama stattgefunden. In der bei dieser Gelegenheit gehaltenen Rede spricht derselbe sich gegen die Union mit dem Norden aus und sagt, der Süden werde seine Position mit dem Schwerte verteidigen.

Darmstadt, 2. März. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Heidelberg hat die dortige Juristen-Fakultät bezüglich der offenbarten Nationalvereiner ein Rechtsgutachten erstattet, nach welchem die heftigsten Verordnungen gegen politische Vereine, die verfassungswidrig erlassen worden, keinesfalls mehr gültig seien. Die Gerichte seien aber verpflichtet, die Verfassungsmäßigkeit zu prüfen.

Paris, 2. März, Morgens. In der gestrigen Sitzung des Senats vertheidigten die Kardinal Matthieu und Donnet die weltliche Macht des Papstes und hielten ihr desfallsiges Amendement anrecht. Villault verlangte vom Senate, die Politik des Kaisers nicht in die Diskussion zu ziehen, sondern der Weisheit derselben bei Lösung der Schwierigkeiten zu vertrauen. Auf eine Interpellation, ob die Franzosen Rom verlassen würden, verweigerte Villault die Antwort, indem er hinzufügte, daß der Kaiser die gerechten Interessen Frankreichs, die Unabhängigkeit des heiligen Vaters und die Freiheit Italiens vertheidigen werde. Hierauf erfolgte der Schluß der allgemeinen Diskussion.

Paris, 1. März. Laut einer Depesche aus Sicilien vom 25. Februar haben die Piemontesen beschlossen, San Salvatore, ein die Citadelle beherrschendes Werk anzugreifen. Die Operationen werden am 26. Februar beginnen. Wenn dieser Angriff gelingt, wird die Citadelle capituliren müssen.

Paris, 1. März, Abends. Der Prinz Napoleon drückte in seiner heute im Senate gehaltenen Rede Erstaunen über die Heftigkeit der Diskussion aus. Nachdem er der Rede Larochet's gedacht, heißt es weiter: Es sei eine Brochüre von dem clerical-legitimistischen Concil herausgegeben worden; dieselbe enthält Angriffe, welche zur Ehre gereichen. Ich überlasse die Antwort darauf dem italienischen Patriotismus und den 200,000 Soldaten, die mit dem Kaiser den Feldzug in Italien mitgemacht haben. Sie werden die öffentliche Meinung nicht fällen lassen. Wir sind nicht Repräsentanten der Reaction, sondern der modernen Gesellschaften. Die Völker irren sich nicht; sie rechnen auf Napoleon III., der seine Mission nicht verfehlen wird. Man muß das bewiesene Mitleid des Kaisers nicht mit Sympathie verwechseln. Unsere Sympathien sind für die ruhmreiche Sache Italiens. Der Prinz billigt es, daß Hedern die royalistischen Mitglieder, die im schmerzlichen Augenblicke die Hauptrolle der Dynastie versahen, gebieterisch habe. Wenn Hedern eine Anspielung machen wollte, so nehme er sie wieder auf, denn sie fällt auf die Familie Bourbon zurück. Es gebe Familien von Souveränen, in welchen Verschiedenheiten der Ansichten sich in glücklichen Zeiten zeigen, wo man aber in der Gefahr einen einzigen Bund bildet. Entstände eine Gefahr für die kaiserliche Dynastie, so würde die Geschichte nicht Beispiele, wie wir sie in dem Hause Bourbon finden, zu registriren haben. Die Napoleons würden nur eins ausmachen.

Paris, 2. März. Im gesetzgebenden Körper wurde ein der geistlichen Macht des Papstes günstiges Amendement vorgeschlagen. (Dasselbe lautet: Wir hegen zu dem Kaiser das Vertrauen, daß er als Oberhaupt der ersten katholischen Nation die weltliche Souveränität des heiligen Stuhles, welche die notwendige Garantie seiner Unabhängigkeit und ein Pfand des Friedens für Europa ist, schützen werde.)

London, 2. März. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses erklärte der Marquis v. Normandy, er vertage seinen Antrag, welcher die Verlegung weiterer auf die italienische Frage bezüglicher Amendements verlangt. Er sprach in der allerbestimmtesten Weise gegen Sardiniens treulose und Lord J. Russell's verkehrte Politik, die nicht Italiens Sympathien gewonnen habe. Lord Malmsbury tadelte Lord J. Russell, der Italiens Einigung mißbilligt und dennoch gefordert habe. Lord Wodehouse und Lord Palmerston vertheidigten Sardinien und Lord J. Russell. Griffith fragte, ob nachdem Italien geeinigt, der von Frankreich vorgeschlagene Congreß behufs der Regelung der italienischen Angelegenheiten noch notwendig sei. Lord J. Russell erwiderte, ein derartiger Vorschlag liege nicht vor. Er erklärte ferner, Herr Bowden habe Lord Cowley mitgeteilt, daß der französische Gesandte die neueren Vorschläge des Fürsten Labanow nicht unterstützt, sondern lediglich die Hoffnung auf die baldige Einführung von Reformen ausgesprochen habe. Weitere auf Syrien bezügliche Schriftstücke vorzulegen, erklärt Lord J. Russell für unstatthaft.

Brüssel, 3. März. Man berichtet in gut unterrichteten Kreisen, daß der Handelsvertrag zwischen Belgien und Frankreich unterzeichnet sei. Frankreich erhält dadurch eine Ermäßigung der Eingangszölle seiner Weine, welche sich auf ungefähr 200,000 Frs. belaufen wird.

Turin, 1. März. Ciabini erklärte, keinen Angriff auf die Citadelle von der Stadt aus zu unternehmen mit der Bemerkung, falls die Besatzung nur eine einzige Kugel in die Stadt schleudern würde, werde er dieselbe nach Einnahme der Citadelle der Discretion der Bevölkerung Messina's preisgeben. Bezüglich der Wahl Aliborio Romano's sanctionirte die Kammer, daß die neapolitanischen Statthaltereiräthe als Deputirte wählbar sind.

Turin, 2. März. Ciabini hat die Vorschläge der fremden Consuln in Messina zurückgewiesen. Der Widerstand Fergola's gründet sich auf einen Befehl Franz II. Die Belagerung wird in einigen Tagen beginnen.

Preußen.

Landtag.

K. C. Neunzehnte Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Präs. Simson eröffnet die Sitzung gleich nach 11 Uhr. — Am Ministerische: v. Auerswald, v. d. Heydt, Graf Schwerin, Graf Bädler, v. Vernuth. — Die Tribünen sind zahlreich besetzt.

Die Commission zur Vorberathung des Ostrowski'schen Antrages wegen Sicherstellung der Urwahlbezirke gegen administrative Willkür besteht aus folgenden Mitgliedern: Dr. Lette, Vorstehender, Piper, Fliegel, Schriftführer, Naumann (Stellvertreter des Vorstehenden), Purnann (Stellv. des Schriftf.), Graf Cieszkowski.

Ein Antrag des Abg. Amede und Gen.: „das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Regierung zu eruchen, dafür Sorge zu tragen, daß an preussischen Universitäten besondere Lehrstühle für preussisches öffentliches und Privatrecht errichtet werden“, geht an die Justizcommission.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung ergreift der Minister des Innern*) das Wort: Das Haus hat wohl aus den öffentlichen Blättern Kenntniß von den bedauerlichen Conflicten in Greifswalde. Ich habe darüber sofort auf telegraphischem Wege von dem dortigen Regierungs-Präsidenten Bericht erfordert; heute Früh ist dieser Bericht eingegangen, zugleich mit

*) Diese Worte des Ministers beziehen sich auf Schlägereien, welche in Greifswalde zwischen Militär und Civil stattgefunden haben; wir haben darüber absichtlich nichts mitgeteilt, einestheils, weil uns die Nachrichten, wie wir sie in einigen Blättern fanden, tendenziös gefärbt erschienen, anderentheils, weil wir offizielle Mittheilungen darüber erwarteten. Jetzt bringt die „Kreuzzeitung“ einen ausführlichen Bericht, und da von diesem Organe wohl Niemand eine Parteinahme zu Gunsten der Civilisten erwartet, so werden wir denselben unseren Lesern im Morgenblatte mittheilen. D. Red. d. Br. 3tg.

einem Bericht des greifswalder Magistrats. Oben so hat der Kriegsminister einen Bericht von dem betreffenden Truppen-Commandeur erhalten. Eine strenge und gewissenhafte Untersuchung ist eingeleitet. Im Einverständnis mit dem Kriegsminister kann ich erklären, daß die Untersuchung sofort und unparteiisch sein wird (Bravo rechts), und daß die Schuldigen der Strafe nicht entgehen werden (Bravo rechts).

Die Interpellation des Abg. v. Berg wegen der von der rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft zu erbauenden Eiselbahn erklärt sich der Handelsminister sofort zu beantworten bereit.

Abg. v. Berg zur Begründung seiner Interpellation: Die juristische Verpflichtung der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft zum Bau der Bahn von Düren nach Schleiden stehe fest; in der Concessions-Urkunde für die Köln-Mainzer Bahn sei sie als lästige Verpflichtung ausgesprochen. Das habe die Regierung im vorigen Jahre auch anerkannt, nur den Zeitpunkt zur Ausführung für ungeeignet erklärt, da bei dem Stande des Geldmarktes die Aktien nicht zu einem geeigneten Preise ausgegeben werden könnten. Aber, möge der Gesellschaft die Erfüllung ihrer Verpflichtung so schwer wie möglich werden, der Staat sei, wenn er das Recht habe, auch verpflichtet, die Erfüllung zu verlangen. Neben anderen Ausreden habe die Gesellschaft auch mit Hohn darauf hingewiesen, die Regierung habe keine Mittel, sie zur Erfüllung anzuhalten; ja, man sei so weit gegangen, zu sagen, der Handelsminister werde wohl den Kammern gegenüber auf der Erfüllung bestehen, aber auch der Gesellschaft gegenüber, das sei fraglich. Der Handelsminister werde dieses Gericht, davon sei er (Redner) überzeugt, gewiß von der Hand weisen. — Der Stand der Aktien der betreffenden Gesellschaft sei nicht so schlecht, daß sie ihre Verpflichtung nicht hätte erfüllen können. Der Nothstand am Rhein sei in Folge der schlechten Ernte so groß, daß die Regierung schon, um geradezu eine Hungersnoth abzumenden, die Rückichten gegen eine Privatgesellschaft fahren lassen müsse. — Er bezweifle nicht, daß die Regierung die Sache betreibe; er habe seine Interpellation weniger gestellt, um sie vorwärts zu treiben, als um durch eine öffentliche Erklärung des Ministers solchen Leuten, die nach Ausschub suchten, zu beweisen, daß sie im Irrthum seien.

Handelsminister v. d. Heydt: Die Ausführungen des Abg. v. Berg seien allerdings richtig; die Rheinische Gesellschaft habe die Verpflichtung angenommen, sie sei aber nachher durch die schwierigen Geldverhältnisse in Verlegenheit gerathen, da sie Mühe hatte, die Mittel für die Herstellung der linksrheinischen Bahn ohne alle Unterstützung des Staats aufzubringen. Die Regierung habe geglaubt, diesen Verhältnissen Rechnung tragen zu müssen; sie habe aber die Gesellschaft bei Beginn des vorigen Jahres an ihre Verpflichtung erinnert und sie aufgefordert, dieselbe zu erfüllen. Die Gesellschaft lehnte die Aufforderung ab, indem sie wohl moralisch, nicht aber rechtlich sich verpflichtet glaubte. Darauf sei ihr eröffnet, daß sie eine vertragmäßige Verpflichtung übernommen habe, auf deren Erfüllung bestanden werden müsse, und da die Geldverhältnisse sich günstiger gestaltet hätten, so könne ein weiterer Ausschub nicht gestattet werden. Die Gesellschaft habe nichtsdestoweniger eine bestimmte Verpflichtung nicht anerkannt, da sie meine, daß sie nur dann verpflichtet sei, wenn sie im Stande sei, Stammapfien al pari auszugeben. Dies habe die Regierung nicht anerkennen können; sie habe nummehr versucht, die beteiligten Gemeinden (?) zu vermögen, durch angemessene Schritte ihrerseits die Bemühungen der Gesellschaft zu unterstützen, und die Verhandlungen seien noch nicht geschlossen. Die Gesellschaft sei unter dem 6. Jan. d. J. schriftlich aufgefordert, sich nummehr peremptorisch zu erklären, ob und wann sie mit der Herstellung der betreffenden Bahntreide beginnen wolle, und zugleich sei der Ober-Präsident der Rheinprovinz aufgefordert worden, die Gesellschaft von der ihr obliegenden Verpflichtung zu überzeugen. Er (der Minister) habe hiernach das Vertrauen, daß die Gesellschaft sich nicht länger ihrer Verpflichtung entziehen werde, andererseits sei der Ober-Präsident aufgefordert, sich über die Mittel und Wege zu äußern, welche zu ergreifen sein möchten, um die Erfüllung der Verpflichtung herbeizuführen. Er hoffe, später dem Hause von dieser Angelegenheit Mittheilung machen zu können.

Erster Gegenstand der Berathung ist der dritte Bericht der Petitions-Kommission. Eine Petition aus Marienburg wegen Schankgerechtigkeit will der Abg. Meltenmeier (unter ausführlicher Darlegung der einschlagenden lokalen und persönlichen Verhältnisse) der Regierung zur Berücksichtigung überweisen. Das Haus beschließt aber, nach dem Antrage der Kommission, Tagesordnung. — Die Petition des Veteranen und Salinenarbeiters Latagahn aus Unna, der nach 40-jährigem Dienste 1855 ohne Pension entlassen worden, wird aus Billigkeitsrücksichten unter Zustimmung des Handelsministers, der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. — Zu einer Petition eines Hrn. Krumpholtz in Linz am Rhein wegen Rückverweisung der politischen und Pressprozeße an die Schwurgerichte, Aenderung des Preßgesetzes u. c. beantragt die Kommission Tagesordnung. — Abg. Waldeck erklärt, daß er diesem Antrage nicht entgegenstehe, hauptsächlich deshalb, weil dieser Gegenstand gelegentlich der Lewald'schen Petition in ausführlicher Motivirung zur Sprache kommen wird.

Zu der politischen Petition aus Strittin und Bitterfeld (Herrenhaus, Landwehr, Amnestie, preussisch-deutsche Centralgewalt u. s. w.) trägt die Commission theils auf Tagesordnung an, theils hält sie die Petition durch die Adresse für erledigt.

Abg. Reichenperger (Köln) erklärt für sich und seine Freunde, daß sie den Anträgen der Commission beistimmen, ohne die Motivirung derselben anzuerkennen.

Abg. Wagener: Ich nehme zu den Petitionen dieselbe Stellung ein, wie der Vorredner, und will für mich und meine politischen Freunde Protest einlegen gegen die Motivirung der Commission. Es heißt in dem Bericht der Commission: „Und so ist der Gedanke, daß sich nur in einem Bundesstaate mit preussischer Spitze — und selbstverständlich mit einer Vertretung des deutschen Volkes — der Wunsch der deutschen Nation nach größerer Einigung verwirklichen lasse, der herrschende geworden, dessen Kundgebung sich vorzugsweise nur diejenigen ernstlich widersetzen, welche die Hilfsquellen Deutschlands den Sonder-Interessen Oesterreichs dienstbar erhalten möchten.“ Ich beitrete Niemandem, auch der Commission nicht, das Recht, die Folgen der von unserer Partei angestrebten Politik so schwarz auszumalen, wie man will, aber ich beitrete das Recht der Verdächtigung und einer Inquisition, die nahe an Landesverrath grenzt. Wir wollen nichts als eine Politik bekämpfen, die wir als eine für Deutschland verderbliche erachten. Es ist fern von uns, Gleiches mit Gleichem zu vergelten; wir gehen von der Voraussetzung aus, daß jedermann die Größe und Ehre des Vaterlandes will, aber wir nehmen dasselbe auch für uns in Anspruch. Unsere Motive sind kurz die folgenden: Wir sind nicht der Ansicht, daß das Bestehende keiner Verbesserung fähig sei, im Gegentheil, aber wir halten fest daran, daß die Einheit Deutschlands, wie sie erstrebt werden darf, nur mit und durch die deutschen Fürsten hergestellt werden kann. Das Recept, das man uns jetzt anpreist, ist schon einmal dagewesen; es hat damals Fiasko gemacht, und man bietet uns keine Garantie, daß der Erfolg diesmal ein besserer sein werde. Ich glaube sogar, daß die Schädlichkeit, mit welcher Sie Ihre Ansichten vortragen, durchaus keine Garantie bietet, daß Sie, wenn es zum Handeln kommt, diesmal mehr Energie und Thätigkeit beweisen werden, als früher. Aus denjenigen Kreisen, welche das Experiment früher illusorisch machten, kommen wieder dieselben Regungen, und Sie irren, wenn Sie die Stimmung nach den Desertirenden der Geschäftsreisenden des deutschen Nationalvereins beurtheilen (Unwillen rechts). Gutwillig gehen die deutschen Fürsten nicht, und vertreiben werden Sie sie auch nicht. Gegenüber den Bestrebungen des Nationalvereins ist es an der Zeit, auch endlich von den deutschen Bundesregimenten und ihrer Treue gegen die deutschen Fürsten zu sprechen. Die Wurzeln, welche das vielhundertjährige Kaiserthum Oesterreich in Deutschland gefaßt hat, sind wir so tief, als daß sie durch ein Votum des preuss. Abgeordnetenhauses ausgerissen werden könnten. Wir halten den Föderalismus für die einzig berechtigte Art, Deutschland zu einigen. Die Zeit ist so ernst, daß ein Zusammenwirken aller deutschen Stämme nöthig ist gegen die drohenden romanischen und slavischen Stämme. Täuschen Sie sich nicht. Es wird vielleicht bald die Zeit kommen, wo der General Benedek uns ein besserer Helfer ist, als das ältere Mitglied für Görlich (Serr v. Carlowitz) (Weiterkeit). Sie erreichen mit Ihren Bestrebungen nichts anderes, als das Mißtrauen gegen Preußen rege zu erhalten. Die Nationalitätstheorie, die Sie vertreten, ist von so schwächerer Art, daß Sie den deutschen Landmann nur im Parteitrod als Landmann anerkennen und sich über die Nie-

derlagen Oesterreichs freuen, weil ja nur ein schwarzgelber Konföderatmann geschlagen sei. Wir unterseits sind der Ansicht, daß in Italien nicht bloß die Schwarzgelben, sondern auch die Gotthar geschlagen worden sind. Ich glaube nicht, daß der bei der Abredebatte hier angenommene Antrag in Bezug auf Italien von besonderem Gewicht in der Waagschale der Geschichte sein wird. Die „freie Hand“ will nichts thun, und der Antrag auch nicht, aus verschiedenen Motiven freilich, aber das ist gleichgültig für Einen, der nur mit der Politik der Thatfachen rechnet. Ihre Politik provocirt das Schiedsrichteramts des Auslandes. Deshalb, und nicht, weil wir den Sonderinteressen Oesterreichs dienen, sind wir gegen die Motivirung der Commission.

Abg. Waldeck: Die hier in Frage kommende Stelle der Adresse müsse so ausgelegt werden, daß wenn Preußen mit seinen Bemühungen fortbabe, kein Preuze existiren könne, der mit der zweiten oder dritten Stelle in Deutschland zufrieden wäre, sondern jeder Preuze werde die erste Stelle einnehmen wollen. Von der Ueberhebung eines Volksstammes über den anderen könne nicht die Rede sein; überhaupt sei der Ausdruck „Volksstämme“ weder juristisch noch historisch von Bedeutung. Betrachte man die Bestandtheile unseres Volkes, so zeige der jähe Wechsels schon im Jbidom eine Verwandtschaft mit dem Pommer, der thätige Sache führe hinüber zu dem gutmüthigen Schlesier, die Ostpreußen und Rheinländer hätten politische Bildung schon in früheren Zeiten vorbereitet, der äußerste Nordosten sei mit dem äußersten Westen zusammengegangen, und der Rheinländer führe hinüber zu dem Süddeutschen. Wo bleibe da noch ein Raum übrig für Volksstämme, welche nicht durch unser Volk repräsentirt würden? Die Existenz eines Volkes sei auf die Dauer ganz und gar nicht möglich, wenn sie nicht die Ergänzung in demjenigen finde, wozu es, kraft seiner Stärke und Geschichte, ein Anrecht habe. Wenn ungünstige Verhältnisse das verhindern hätten, so läge für jeden Staatsmann die Aufforderung nahe, das Verlorengegangene wiederzuholen auf dem einzig möglichen Wege, namentlich auf die Weise, daß die diplomatischen und Heeres-Organen, die Organe des Handels und der Industrie einheitlich in ganz Deutschland würden. Das sei die Anforderung der Zeit. Ausführbar sei dies durch ein Zusammengehen der deutschen Fürsten, und wenn dies nicht gelänge, so bleibe nur der Weg, daß die Sache in die Hände eines deutschen Fürsten gelegt werde, und dies könne nur der Herrscher des größten deutschen Staates sein, der Herrscher Preußens. Diese Art der Lösung der deutschen Frage sei durch die Reichsverfassung vorgegeben und in dieser Verfassung liege schon ein Anrecht für Preußen, trotzdem die Krone damals nicht angenommen worden. Natürlich sei dabei Bedingung, daß derjenige, der eine so große Leitung übernehme, ganz und gar auf der Höhe der Zeit stehen müsse; die in der jetzigen Zeit liegenden Gedanken müßten anerkannt werden. Nie werde eine vollständige Sympathie für Preußen entstehen, wenn man es nicht dahin bringe, daß es nirgends in irgend einer Beziehung besser sei, als in Preußen. (Zustimmung.) Das sei gleichsam das Ci des Columbus. Unmöglich sei es, die Verhältnisse lenken zu wollen, ohne sich innerhalb derselben zu stellen, das habe die Geschichte der letzten 12 Jahre gelehrt, das predige die Gegenwart mit Besonnenheit. — Man sage wohl, die confessionelle Trennung sei ein Hinderniß der deutschen Einheit. Die preussische Verfassung habe die Freiheit des religiösen Bekenntnisses richtig gefaßt. Man habe gelernt, die Rechte der Gegenseitigkeit anzuerkennen. Der Glaube habe anerkannt, daß er den Gedanken nicht entbehren könne, und der Gedanke habe anerkannt müssen, daß es im menschlichen Herzen einen Winkel gebe, über den er bisher die Herrschaft nicht haben gewinnen können. Wenn jede unzulässige Ueberhebung fortfälle, dann sei er der Ansicht, daß die confessionelle Verschiedenheit eher ein Mittel zur Einigung, als ein Hinderniß sein werde. (Bravo.) — Das Bedürfniß der Einigung liege vor in Beziehung auf das öffentliche Recht, das Gemeinwesen, in Beziehung auf die Freizügigkeit; in allen diesen Dingen trenne uns eine chinesische Mauer. Man sage, das seien theoretische Fragen, deren Lösung der Zukunft überlassen bleiben müsse. Das seien gerade die brennendsten Fragen, von deren Lösung der Wohlstand der Nation abhängt.

Er scheue sich auch nicht, auf das Verhältniß mit Oesterreich einzugehen. Er habe keine Abneigung gegen Oesterreich, aber wie jetzt sich die Verhältnisse gestaltet hätten, so komme unser Staat in eine glückliche Lage gegenüber dem Verhältniß der Freiheit in Oesterreich. Gelänge es in Oesterreich eine verfassungsmäßige Freiheit zu gewinnen, so würde er sich freuen auf den Weltreit zwischen beiden Staaten, und da möchte man sich erinnern an jene beiden Helden des achtzehnten Jahrhunderts, Friedrich II. und Joseph II. Diese seien nicht nur eine Rahmung zur Freiheit, sondern auch zur Einheit. Aus allem diesem gehe hervor, daß die Idee, welche jetzt in Deutschland wieder geltend gemacht werde, eine durch und durch berechtigte sei; es gebe für diese Idee kein anderes Mittel, als die Initiative unserer Regierung. Diese Initiative anzuregen, sei Sache des Hauses und des ganzen Volkes. Laße man dies, so werde Alles beim Alten bleiben, und was dann aus unserm Staate werde, liege außer aller Berechnung. Wer nicht handelnd in die Zeit eingreife, könne erwarten, daß die Zeit über ihn hinweggehe. (Beifall.)

Minister des Innern Graf Schwerin: Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten habe wahrscheinlich nicht vermutet, daß aus Anlaß dieser Petition eine so tief gehende Erörterung der deutschen Politik eintreten würde: er würde sonst gewiß nicht verfehlt haben, auf seinem Plage zu sein. Da die Regierung indeß nicht schweigen könne, so sehe er sich genöthigt, einige Bemerkungen zu machen, welche der Minister des Auswärtigen gewiß vertreten werde, da die Politik der Regierung sich in bestimmten Akten schon ausgesprochen habe. Zunächst in der von ihm (Redner) gegebenen Antwort auf die stettiner Adresse. Dann in den Erklärungen des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. Die deutsche Politik der Regierung beruhe auf der Erkenntniß des Bedürfnisses, auf der Achtung vor den Rechten aller, auf der Wahrung des eigenen Rechts, auf dem tiefen Bewußtsein, daß insbesondere in so gefährlichen Zeiten, wie die jetzigen, die Einigkeit der deutschen Regierungen höher stehe, als die Einigung (bravo links); sie beruhe auf dem Bewußtsein, daß die Einigkeit beruhe in dem Zusammengehen der beiden deutschen Großstaaten, und es sei deshalb das eifrige Bemühen der Regierung darauf gerichtet, das Einverständnis mit den deutschen Bundesstaaten zu bewahren; aus diesem Grunde habe die Regierung auch mit Freunden die freie Bewegung in Oesterreich begrüßt.

Abg. v. Binde (Hagen): Er habe bei der betreffenden Stelle des Kommissionsberichts nicht an den Abg. Wagener gedacht, sondern an eine ganz andere Adresse (Weiterkeit); nun aber heiße es: qui s'accuse, s'accuse. — Von einem Zwange der deutschen Fürsten wolle er auch nichts wissen; aber er glaube, daß ein Augenblick kommen werde, wo die deutschen Fürsten, so ungern sie es auch thäten und unter vielen Gesichtspunkten (Weiterkeit), sie nicht wagen würden, Nein zu sagen, und diesen Moment begrüße er aus vollem Herzen (Bravo), und wünsche, daß er bald komme (Bravo). — Daß der preussisch-deutsche Weg der Einigung Deutschlands schon Fiasko gemacht habe, sei ihm neu; dieser Weg sei von der preussischen Regierung noch nie versucht. Bei der Kaiserfrage im Jahre 1849 habe ihm der damalige Minister v. Manteuffel hier in der Sitzung eine Erklärung gesagt, die am folgenden Tage der König der Deputation der frankfurter Nationalversammlung erteilen wolle. Wenn der König dabei geblieben wäre, dann wäre jene Versammlung, wie er glaube versichern zu können, befriedigt gewesen; aber von gestern auf heute sei — es werde wohl nie aufgeklärt werden, was? — dazwischen gekommen, und die Erklärung, die der König abgegeben habe, sei so gemein, daß sie die National-Versammlung nicht befriedigt, sondern verlegt habe. Es sei also nicht wahr, daß das damalige Ministerium die hier zur Frage stehende Politik abgewiesen habe. Im Gegentheil, der verstorbene König habe gesagt, die Kaiserwahl gebe ihm ein „Anrecht“. Das sei viel mehr, als er (Redner) von seinem Standpunkte zugeben könne. Die Herren drüben möchten also nicht den Thatfachen in's Gesicht schlagen und von einer Erbidigkeit Preußens auf diesem Punkte sprechen. — Den Unionsbestrebungen ferner, in Erfurt, denen haben doch nicht wir opponirt? sondern Sie da drüben. Also find wir es doch auch nicht, die Fiasko gemacht haben, wenn die preussische Regierung inconsequent geworden ist. Ueber die andern Redensarten von den „Desertirenden der Geschäftsreisenden des Nationalvereins“ u. dgl. will ich kein Wort verlieren; die sind aus der „Kreuzzeitung“ schon bekannt, und ein gewisser Feibel habe sie auch gebraucht.

Wenn man immer wieder mit dem Föderalismus kommt, so muß ich doch erinnern, daß wir seit Karl dem Großen und den Hohenstaufen immer nur Föderalismus in Deutschland gehabt haben. Jetzt handelt es sich darum,

einen einheitlichen Willen herzustellen, und den soll Preußen repräsentieren. — Den Hinweis des Abg. Waldeck auf Friedrich II. und Joseph II. halte ich nicht für glücklich; die beiden sind Antagonisten gewesen, und — wie ich bei der Gelegenheit bemerken will — Baiern, welches in neuester Zeit so undankbar gegen Preußen sei, sollte sich doch erinnern, daß seine ganze Existenz auf der Hilfe beruht, die ihm Preußen damals geleistet. (Lebhaftes Bravo.) — Wenn der Minister v. B., der heute das Auswärtige vertritt (Seiterkeit), zu meinem Bedauern immer wieder von einem Zusammengehen mit Oesterreich spricht, so muß ich wiederholen: Oesterreich ist nicht deutsch, es hat nur 7 Mill. Deutsche unter 35 Mill. Einwohnern; ein Zusammengehen mit Oesterreich heißt also ein Zusammengehen mit 28 Mill. Slaven u. s. w., und wenn der Abg. Wagener uns auf den General Benedek verweisen hat, so hat er wohl nicht bedacht, daß der ein Ungar ist. — Wie man uns nach der neuesten österreichischen Verfassung noch ein Zusammengehen mit Oesterreich anrathen kann, verstehe ich nicht. Daß man so thöricht sein würde, Ungarn mit einzuziehen, hatte ich nicht erwartet; der deutsche Theil von Oesterreich wird wohl bald wieder trübe Erfahrungen machen und endlich sich zurückziehen in den Schoß Deutschlands unter preussischer Spitze. Die tapferen Magyaren, die wohl wissen, was sie wollen, werden diese Verfassung zerreißen. Ueberhaupt sind das diplomatische Redensarten von Zusammengehungen. Man geht eben so lange zusammen, wie es einem bequem ist (Seiterkeit). — Wenn der Abgeordnete Wagener diese österreichische Frage benutzt hat, den Abg. v. Carlowitz, der nicht im Hause anwesend ist, anzugreifen, so ist das parlamentarisch unschicklich — „oh! oh!“ links — ja wohl m. H., parlamentarisch unschicklich; man wartet mit solchen Angriffen, bis der Betreffende da ist, nur parlamentarische Reulunge wissen das nicht (Seiterkeit). Ich muß sagen, wir können uns gratuliren, daß solche Leute, wie Hr. v. Carlowitz, zu uns nach Preußen ziehen, und wir könnten uns freuen, wenn wir ihn an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten sähen (lebhaftes Bravo rechts.)

Man hat dann noch gesagt, wir freuen uns, wenn Oesterreich geschlagen werde; das ist nicht richtig; wenn ich es auch für besser hielte, daß Oesterreich sich von seinem italienischen Appendix losmache und Preußen die Stelle einräume, die ihm in Deutschland gebührt, soweit ich doch nicht, mich über seine Niederlagen zu freuen. — Auch mein Amendement zur Adresse in der italienischen Frage ist wieder erwähnt: man nennt es unbedeutend; nun, die Geschichte ist etwa drei Wochen her, und noch immer spricht man davon und preussische Blätter schreiben spaltenlange Artikel darüber, z. B. die „Augsburger Allgemeine“; das kann mich nur überzeugen, daß es doch nicht so unbedeutend ist (Zustimmung rechts). Man sagt, nur die polnischen Mitglieder hätten ihm die Annahme verweigert und müßten also von der Majorität abgezogen werden, da sie oft eine nicht preussische Politik verfolgten; nun, dann sind dagegen doch auch andere Mitglieder abzuziehen, die sich bei ihrer Politik durch Rücksichten auf ihr geistliches Oberhaupt leiten lassen, von dem ich nebenbei wünsche, daß ihm unser König eine Zusucht in seinen Staaten geben möge. — Mein Amendement soll identisch sein mit der Politik der freien Hand; beide sollen „nichts thun“ wollen. Das Motiv zu meinem Amendement ist aber gewesen, daß wir uns Bundesgenossen suchen sollen gegen den gemeinsamen Gegner. — Schließlich kommt der Redner auf das Stavenhagen'sche Amendement zu sprechen; er und seine Freunde hätten ihre Ansicht auch in dem Comm.-Antrage wieder gefunden und sie überdies in ihren Reden deutlich genug dargelegt, sie hätten dann das Stavenhagen'sche Amendement fallen lassen, um den Ministern, die sie, soweit ihre Ueberzeugung gestattete, gern unterstützten, keine „Annehmlichkeiten“ zu bereiten, und das sei namentlich für die Person eines der Minister zu befürchten gewesen.

Minister des Innern: Herr von Vinde hat meine Ausführungen diplomatische Redensarten genannt, doch glaube ich, die Gesichtspunkte der Regierung in Bezug auf Deutschland und Oesterreich präcise genug ausgedrückt zu haben. Die Regierung treibt keine Conjecturalpolitik, sondern eine bestimmte positive Realpolitik, welche in Ermägung zieht, was in jedem Augenblick dem Interesse Preußens und den damit zusammenhängenden Interessen Deutschlands entspricht. Wir gehen mit Oesterreich, so lange es uns bequem ist, und die Interessen Preußens es erfordern und wünschenswerth machen. Wir wollen Preußen stark im Innern, um den möglichen Gefahren, die von außen drohen — ich verahre mich dagegen, von bestimmten nahen Gefahren zu sprechen — begegnen zu können. In Zeiten wie die jetzigen muß Deutschland auf seiner Hut sein, und dies kann es nur sein, wenn es mit Oesterreich Hand in Hand geht. In diesem Sinne habe ich Oesterreich's Entwidlung mit Freuden begrüßt. So fasse ich die Politik der freien Hand auf, daß Preußen sich von fremden Händeln fern hält und auf dem Plage ist, wo es gilt, für seine Interessen zu handeln.

Abg. v. Berg befreit, daß die Ansicht der Petenten, die die Kommission behauptet, in der Adresse ausgedrückt sei; man suppeditire fälschlich das Stavenhagen'sche Amendement, welches nur 42 Stimmen erhalten, als die Ansicht des Hauses. Es sei keine Frage, daß Deutschland eine Verfassung brauche zum Zweck einer kräftigen Aktion; wenn das Wünschenswerthe aber nur realisiert werden könne in Begleitung von Gefahren für das Ganze, so müsse man sich mit dem Greidbarsten begnügen, und das Wünschenswerthe vertagen. Soll Deutschland sich das Organ seiner Einheit durch oder gegen die Regierungen schaffen? Der letztere Fall sei die Revolution, aber eine Revolution dürfe man nur in Rechnung ziehen, wenn sie da sei oder in Aussicht stehe. Beides sei nicht der Fall, man treibe also Conjecturalpolitik. Man müsse darauf dringen, daß jede deutsche Regierung eine nationale Haltung beobachte, und die Bestrebungen dahin gerichtet würden, die Grenzen zu schärfen.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt.

Abg. Dr. Witt: Er habe die Ehre, dem Ausschuss des National-Vereins als Mitglied anzugehören, und müsse den Verein gegen Herrn Wagener in Schutz nehmen. Der Verein werde von Männern geleitet, deren Integrität und Patriotismus in ganz Deutschland anerkannt sei, die in den Landesvertretungen von Baden, Hannover, Württemberg u. s. eine hervorragende Stellung einnehmen, und die für Preußen die Wiedereroberung des unter Mantuffel verlorenen Terrains in Aussicht stellen. Man möge bedenken, daß es sich bei einem Bundesstaat mit preussischer Spitze um Aufrechthaltung der Monarchie in Deutschland handle. Er brauche nicht zu erinnern, wie 1848 der Glaube an die Fürsten erschüttert worden, und seitdem sei nicht viel geschehen, um diesen Glauben neu zu beleben. Die Ueberzeugung, daß es mit der Kleinstaaterei in Deutschland zu Ende gehe, sei allgemein, und immer allgemeiner werde die Ueberzeugung, daß das Haus Hohenzollern die Aufgabe habe, dem Fürstenthum in Deutschland eine Stellung zu geben, welche ihm wieder Raum im Herzen der Nation schaffe. Die unklaren Ideen über eine Verbindung zwischen Deutsch-Oesterreich mit dem übrigen Deutschland hätten durch die neuesten Vorgänge in Oesterreich ein schlagendes Dementi erhalten. Halte man auch das deutsch-österreichische Element für den Kitt zur Konsolidation des österreichischen Staates, so sei ein staatliches Zusammengehen Deutsch-Oesterreichs mit dem übrigen Deutschland nun erst recht unmöglich.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abermals abgelehnt.

Abg. Wagener: Der Nationalverein schliesse verschiedene Richtungen, monarchische wie republikanische, in sich. Er und seine Freunde wollten einen deutschen Fürstenthat an Stelle des Bundestags (Seiterkeit). Habe Hr. von Vinde auch die Thronrede Victor Emanuels aufmerksam gelesen, wo von den unaussprechlichen Vätern die Rede sei, welche Italien mit Frankreich vereinigen? Auf Jemanden, der noch nicht einmal sein eigener Herr sei, könne sich doch Deutschland nicht stützen. — Seine Partei habe nie die Annahme der deutschen Kaiserkrone befürwortet, sie habe immer diese patriotischen Phantasien bekämpft. — Man mache sich nur keine Illusionen, in die leere Stelle, welche durch das Verdrängen Oesterreichs aus Italien entstehe, würden nur die Juaven einrücken.

Der Minister des Innern giebt eine Interpretation seiner früheren Erklärung: er habe gemeint, Preußen müsse mit Oesterreich gehen, so lange es das preussische und deutsche Interesse erfordere; dieses Interesse bedinge aber ein solches Zusammengeh.

Abg. Reichensperger (Köln): Hr. v. Vinde wirft uns vor, daß wir uns in unser Politik durch die Sympathie für das geistliche Oberhaupt in Rom leiten lassen, nun, Hr. v. Vinde selbst läßt sich durch antipathische Rücksichten leiten. Seine Politik ist preussischer als die unsrige. Der Beruf Preußens ist es, das Recht zu schützen, und der Papst hat ein Recht auf die weltliche Herrschaft. Bei den bisherigen Reden haben die Gegner Frankreich ganz unberücksichtigt gelassen, und indem sie deutsche Politik machen wollten, machten sie französische Politik. In Frankreich, man lese Lagueronniere's neueste Broschüre, freut man sich über unsere Haltung. Mein Urtheil über den Nationalverein behalte ich mir vor, bis dieser Verein über sich selber klar geworden sein wird, (Seiterkeit) noch scheint er fern vom Ziel.

Abg. v. Berg: Oesterreich ist die Hand Deutschlands, welche die Eroberungen im Süden und Osten festhält und die Herrschaft über die unterworfenen Stämme führt. Kein preussischer König wird jemals die Führung Deutschlands übernehmen können, der die Eroberungen Deutschlands gewirkt. Abg. v. Sanger: Hr. Wagener sieht im National-Verein auch republikanische Elemente, ohne den Bemerk für diese Verdrängung beizubringen. Es scheint, daß Hr. Wagener, bei seiner früheren Verbindung mit einer gewissen Zeitung das Verdächtigen so zur zweiten Natur geworden ist, daß er

es auch in der Stille des Landlebens nicht ablegen konnte. Es scheint, daß er noch jetzt diejenige Politik vertritt, welche uns nach Olmütz führte und durch preussische Bionniere den Oesterreichern eine Brücke über die Elbe schlug; der Papst wegen Unterstüzung der „Sonder-Interessen Oesterreichs“ werde also auf ihn passen.

Abg. Bessler: Wir wollen Preußen möglichst stark in und mit Deutschland; wenn das französische Politik ist, so übernehmen wir die Verantwortlichkeit dafür (Bravo). Wir lassen uns nicht durch bloße Sympathien leiten und werfen sie, wo es in unserm Interesse gut ist, von uns, mögen sie nach dem Rhein oder nach der Donau hinunterfahren. Wir gönnen Oesterreich sein Recht, aber wir fordern zugleich, daß Oesterreich uns unser Recht gönne. Ein einziges Deutschland ist für Oesterreich vortheilhafter, als das nach Einigkeit ringende. Ein Fürstentag, wie ihn der Abg. Wagener will, ist gleichbedeutend mit der Mediatifirung oder dem Absolutismus; wir wollen keins von beiden. Man denke an die sibirischen Bächer (hört! hört!); noch ist der Bundesstaat mit Preußen an der Spitze möglich, über ein Kleines, und man wird vielleicht den Einheitsstaat anerkennen müssen. — Graf Brandenburg, ich weiß es aus seinem eigenen Munde, hat die Annahme der deutschen Kaiserkrone nicht für eine „Phantastie“ gehalten, und ich erinnere Sie ferner, daß damals 29 deutsche Regierungen den Beschluß des Parlaments in einer Collectivnote an Preußen anerkannten. Hätte man damals die Krone angenommen, so würde Preußen jetzt eine andere Stellung in Deutschland einnehmen. Die Militärvorlagen wären jetzt nicht nöthig, wenn die neuverbundenen 11 Millionen Deutsche die preussische Armee verläßt hätten. Bleiben Sie mir mit den Phantasien weg, wenn es sich um solche weltgeschichtlichen Realitäten handelt. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Abg. v. Vinde (Hagen) verliest einige Stellen aus der Rede, welche Graf Arnim-Bozenburg als Abg. am 2. April 1849 in der Adressdebatte der 2ten Kammer hielt. Er sagte damals u. a.: „Preußen darf sich dem an ihn ergangenen Rufe (zur Annahme der Kaiserkrone) nicht entziehen.“ (Lebhafter Ruf: hört, hört!) Glauben Sie nicht, daß Graf Arnim in dieser Ansicht etwa isolirt stand. Für mein Amendement zur damaligen Adresse, welches die Annahme der Kaiserkrone bringend befürwortete, stimmten u. A.: Graf Arnim, v. Bismarck-Schönhausen, v. Kleist-Schweinitz (noch jetzt Mitglied dieses Hauses), v. Kleist-Megow (hört! hört!), v. Griesheim, v. Münderhausen u. c. (Die Verlesung dieser Namen ruft große Seiterkeit hervor.) Man hat mich auf die Thronrede des Königs von Sardinien — der sich glücklicherweise bald König von Italien nennen wird — verwiesen; nun, dieser König ist von sehr klugen Ministern berathen (Zustimmung und Seiterkeit), und ich sehe in der angezogenen Stelle nur einen Beweis ganz besonderer Staatsweisheit; er kann jetzt nicht anders sprechen (Seiterkeit). Wenn man noch immer an ein Uebergewicht der 7 Millionen Deutsche über die 28 Millionen Nichtdeutsche in Oesterreich glaubt, so zeige ich einfach auf Ungarn und wiederhole, Oesterreich ist nicht deutsch. Ich bestreite, daß Oesterreich für uns unentbehrlich ist, ich denke besser von Preußen. Wenn irgend ein Staat uns entbehrllich ist, so ist es gerade Oesterreich mit seinen zertrümmerten Finanzen. Ich frage unsern Finanzminister, ob er auch nur einen Silbergroßchen für Oesterreich hergeben möchte? (Große Seiterkeit, in welche der Finanzminister mit einstimmt.) Auf die Andäufelung Reichenspergers, daß ich Antipathie gegen den Papst beuge, erkläre ich förmlich und feierlich, daß ein solches Gefühl mir fremd ist, daß ich mich stets von Antipathien gegen andere Konfessionen freigehalten und dies hinlänglich bewiesen habe. Aber ich vermische auch nicht weltliche und geistliche Interessen, und kenne in diesem Hause keinen Unterschied zwischen Protestanten und Katholiken. Wenn der Papst auch ein „Recht“ auf weltliche Herrschaft hat, soll Preußen etwa für jedes „Recht“ in irgend einem Winkel Europas den Executor spielen? Die Herren sollten doch ihre Verbindungen mit dem Grafen Montalembert benutzen, um dem Papste von einer anderen Seite Hilfe zu schaffen.

Abg. Wagener: Wenn meine Parteigenossen damals für das Vinde'sche Amendement stimmten, so geschah es wohl nur als für ein pis aller. Eine Vertretung für den Grafen Arnim kann ich nicht übernehmen, weil ich nicht weiß, ob derselbe heute noch jene Ansicht hegt. (Oh! Oh! rechts.)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Waldeck, Reichensperger (Köln) und v. Berg wird der Antrag der Commission angenommen, das auf die deutsche Frage bezügliche Petition durch die Adresse erledigt zu erklären.

Bei dem Petition wegen des Herrenhauses, wobei die Commission Tagesordnung empfiehlt, fragt Abg. Wagener, ob es gestattet sei, das Herrenhaus — doch gewiß einen Abwesenden — so anzugreifen, wie die Commission in ihrem Berichte gethan. — Präsident Simon: Die abwesenden Mitglieder des Hauses dürfe man nicht angreifen; die beiden Häuser ständen nicht so zu einander, wie in England, wo man die Fittion aufrecht halte, daß die Häuser im Geheimen berätheln, und daß von den Verhandlungen Niemand etwas erfahre, hier aber schickten sich beide Häuser ihre stenographischen Berichte zu; da könne von einem solchen Ignoriren nicht die Rede sein. — Abg. Wagener: Dann muß er dagegen protestiren, daß man über den andern Faktor der Gesetzgebung so spreche, als vertratere er Sonderinteressen u. s. w.; das geschähe von denen, die immer von Verfassung sprächen; das Herrenhaus vertratere die Elemente, die leider hier im Hause keine Vertretung hätten. — Abg. v. Vinde (Hagen): Der Redner regte eine Frage an, die gar nicht vorliege, was er vorgebracht habe, treffe die Ausführungen der Petenten, nicht der Commission. Die Thatsache, daß keine legislativischen Erfolge in den letzten Jahren erzielt seien, liege vor; von der jetzigen Session sei dasselbe zu erwarten; aber diese Thatsache habe sich die Commission sehr milde ausgedrückt. Eine verfassungsmäßige Umgestaltung des Herrenhauses sei eine Frage ernstlicher Ermägung. (Bravo rechts.)

Minister des Innern Graf Schwerin: Die Regierung betrachte den Commissions-Bericht von demselben Standpunkte, von dem ihn der Vorredner betrachtet habe. Die Aeußerungen über den andern Faktor der Gesetzgebung, die in dem Berichte niedergelegt seien, seien Aeußerungen der Petenten, und nur der Petenten, und nur, weil sie es seien, habe die Regierung keine Veranlassung, irgend etwas dagegen zu erwidern. Auf die weiteren Bemerkungen des Abg. v. B. wolle er nicht eingehen. Die Regierung betrachte auch das andre Haus als einen großen Faktor der Gesetzgebung, den sie in seinen verfassungsmäßigen Rechten schützen und ehren müsse, und wenn zwischen der Regierung und diesem Hause und dem Herrenhause abweichende Ansichten stattfänden, so werde es die Regierung der Fortentwicklung der Verhältnisse überlassen, die notwendige Einigung und Einigkeit herzustellen. (Bravo links.)

Abg. v. Brandenburg: Die Gründe des Commissionsberichts führten auf die Motive der Petition zurück, und daher sei ein Protest wohl am Orte gewesen. — Abg. v. Redlig: Der Stillstand sei einer der wesentlichsten Vortheile, die das Zweitammersystem habe. — Nach einer schließlichen Erwidrerung des Berichterstatters der Commission, der sich wesentlich auf das vom Herrn v. Vinde Gesagte bezieht, wird die von der Commission beantragte Tagesordnung angenommen. — Die Petition ist damit erledigt; ebenso der Petitionsbericht.

Beim Uebergang zu dem ersten Petitionsbericht der Agrarcommission beantragt Abg. v. Vinde — es ist 2 1/2 Uhr — Vertagung, da gleich die erste Petition (wegen der Ablösung der Renten durch Rentenbriefe nach dem Nennwerthe) wohl eine länger Debatte veranlassen werde. Die Vertagung erfolgt.

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Tagesordnung: Budgetbericht über die Domänen und Forsten und die Commissionsberichte über die Grundsteuerentwürfe.

In der Fraction Mathis hat gestern der Abg. v. Carlowitz einen Antrag wegen eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes eingebracht; derselbe ist aber von der Mehrheit der Fraction abgelehnt. Die Verhandlungen darüber haben zum Austritt des Abg. v. Carlowitz und noch anderer Mitglieder geführt; ja, wenn die darüber heute in Abgeordnetenkreisen umlaufenden Nachrichten genau sind, so wird die Fraction als vollständig gesprengt anzusehen sein.

Die sog. Militär-Commission des Hauses der Abgeordneten erwartet den Bericht des Abg. Stavenhagen über die neuen Mehrausgaben. — Die Geschäftsordnungs-Commission hat beschlossen, daß dem Antrage des Abg. Grafen Renard, seine Erklärung in den stenogr. Bericht aufzunehmen, keine Folge zu geben sei; ein weitergehender Antrag auf Mißbilligung gegen den genannten Abg., ist von der Commission abgelehnt.

Die nächste Sitzung des Herrenhauses ist nicht Mittwoch, sondern Donnerstag.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 2. März, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 68, 10, hob sich auf 68, 20 und schloß matt zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 9 1/2 eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 68, 15. 4 1/2proz. Rente 98. — 3proz. Spanier 47 1/2. 1proz. Spanier 41. Silber-Anleihe — Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 486. Credit-mobilier-Aktien 666. Lomb. Eisenbahn-Aktien — Oesterr. Credit-Aktien —

London, 2. März, Nachm. 3 Uhr. Consols 9 1/2. 1proz. Spanier 41. Mexitaner 23 1/2. Sardinier 81. 3proz. Russen 104. 4 1/2proz. Russen 91. Silber 6 1/2. — Der gestrige Wechsel-Cours auf Wien war 15 Fl. 25 Kr., auf Hamburg 13 M. 9 1/2 Sch. Nach dem neuesten Bankausweis

beträgt der Noten-Umlauf 19,518,110 Pfd., der Metallvorrath 12,208,721 Pfd. St. — Der Dampfer „Canada“ ist aus Newport eingetroffen. Wien, 2. März, Mittags 12 Uhr 30 Minuten. Fonds fest. 3proz. Metall. 65, 75. 4 1/2proz. Metall. 57, 25. Banfaktien 736. Nordbahn 215, 50. 1854er Loose 86, 75. National-Anleihen 77, 20. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 286. — Creditaktien 166, 20. London 147, 25. Hamburg 110, 50. Paris 58. — Gold — Silber — Elisabethbahn 188, 50. Lomb. Eisenbahn 189. — Neue Loose 113, 25. 1860er Loose 82. — Frankfurt a. M., 2. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Oesterr. Fonds und Aktien etwas matter bei unbedeutem Umlauf. — Schluß-Course: Ludwigsh.-Verbad 130. Wiener Wechsel 79 1/2. Darmst. Banfaktien 179. Darmst. Zettelbank 237. 3proz. Metall. 42. 4 1/2proz. Metall. 37. 1854er Loose 56 1/2. Oesterr. National-Anleihe 50 1/2. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 226. Oest. Bant-Anleihe 582. Oesterr. Credit-Aktien 130. Neueste österr. Anleihe 55 1/2. Oest. Elisabeth-Bahn 125. Rhein-Nabe-Bahn 25. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 100 1/2. — Hamburg, 2. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Im Verlaufe der Börse weichen. Schluß-Course: National-Anleihe 51 1/2. Oesterr. Credit-Aktien 55. Vereinsbank 99 1/2. Norddeutsche Bank 86 1/2. Diskonto — Wien —

Berliner Börse vom 2. März 1861.

Table with columns: Fonds- und Geldcourse, Div. Z., 1860 F., and various financial instruments like Staats-Anleihe, Staats-Schuld-Sch., etc.

Table with columns: Ausländische Fonds, Div. Z., 1860 F., and international financial instruments like Oesterr. Metall., dito 5ter Pr.-Anl., etc.

Table with columns: Actien-Course, Div. Z., 1860 F., and stock prices for various companies like Aach.-Düsseld., Aach.-Mastricht, etc.

Table with columns: Wechsel-Course, Div. Z., 1860 F., and exchange rates for Amsterdam, Hamburg, London, Paris, etc.

Berlin, 2. März. So lange von Ungarn die Nachrichten über die Aufnahme fehlen, welche die Verfassung dort findet, so lange bleibt die Wiener Börse und unter deren Einfluß auch die hiesige unschlüssig. Es fehlte daher auch heute noch in österreichischen Effecten an Bewegung, und das Geschäft concentrirte sich denn, soweit es überhaupt sich in einem nennenswerthen Umfang entwickelte, auf andere Speculations-Effecten. Vorzüglich waren es heute mainzer und einige schles. Bahnaktien, die zu einem namhaften Umlauf gelangten. Die letzteren, und namentlich Freiburger und Oppeln-Larnowitzer, erhalten hauptsächlich von Breslau ihre speculative Anregung und verankern dieser große Lebhaftigkeit, der aber am Schluß der Börse eine sehr matte Haltung folgte. Im Uebrigen war die Börse sehr fest, aber das Geschäft, von den erwähnten Ausnahmen abgesehen, sehr schwach. Zu den Ausnahmen haben wir übrigens noch preussische Fonds zu rechnen, Anleihen und verschiedene Pfandbrief-Emissionen fanden guten Umlauf. Discoutomarkt ganz unthätig bei 2 1/2 % Geb.

In Wechseln war der Umlauf eingeschränkt. Holland blieb zu lassen, nachdem langes 1/2 nachgegeben; Banco, 1/2 erhöht, fand Nehmer. London war 1/2 Sgr. theurer beliebt, kurze Sichten gingen mit 6 1/2 % Zinsen, geschriebene Briefe mit 7 % um. Paris wurde später leichter gegeben als gestern. Wien verlor in langer Sicht 1/2 Thlr., in kurzer behauptete es 68. Für Augsburg und Frankfurt erhielt sich Geld. Petersburg war zu 96 veräußert (der Cours auf London v. 1. März lautete aus Petersburg: 34 1/2 % —), Bremen gewann 1/2 bei guter Frage. Warschau stellte sich 1/2 niedriger (1/2 niedriger als gestern). (Bank u. S. S.)

Breslau, 4. März. [Produktenmarkt.] Matte Haltung in allen Getreidekörnern, mäßige Zufuhren und Offerten von Bodenlagern, sehr geringe Kauflust, Preise wenig verändert. — Del- und Kleefaat ohne Aenderung. — Spiritus flauer, pro 100 Quart loc. 20 1/2, März 20 1/2 B.

Table with columns: Sgr., and prices for various commodities like Weiser Weizen, Gelber Weizen, Brenner-Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc.

Theater-Repertoire. Montag, 4. März. (Gewöhnl. Preise.) Zum zweiten Male: „Der Goldbauer.“ Original-Schauspiel in 4 Akten von Carl. Birch-Weißer. Dienstag, 5. März. (Kleine Preise.) „Der Freischütz.“ Romantische Oper in 3 Akten von Fr. Kind. Musik von C. M. v. Weber.

Neue Vorträge aus meinen Schriften

ernsten und deinsten Inhalts. Dritter (vorletzter) Abend Dienstag den 5. März, Punkt 7 Uhr, im Musiksaale der Universität. Eintrittskarten für 15 Sgr. sind nur in der Trewendt u. Granier'schen Buchhandlung zu bekommen.

Am Eingange findet keine Kasse statt. NB. Es sind nur die zu diesem Abende ausgegebenen Billets gültig. [1424] Soltei.

Verantwortlicher Redakteur: R. Wärtner in Breslau. Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.